

Dat Pöggskén

ZEITUNG DER GRÜNEN TELGTE & WESTBEVERN

**Guten Tag,
liebe Leserin
und lieber
Leser!**

Das Jahr neigt sich dem Ende zu und einige berichten davon, dass die Tage schon langsamer werden. Wie auch immer man/frau sich das vorstellt – Zeit wird es, denn in diesem Jahr ist viel geschehen. „Friday for Future“ haben die absehbaren Folgen einer zuklappenden Klimafalle auch bis in den Telgter Rat gebracht. In diesem Jahr sind – oft einstimmig – grundlegende Beschlüsse zum Klimaschutz gefasst worden. Dabei geht es nicht um Verzicht und Entbehrung, im Vordergrund steht die Vorstellungskraft, mit der wir uns eine schönere und bessere Welt bauen können. Wenn unsere Enkel uns später dafür loben, dann haben wir es gut gemacht. Was ist der Sinn des Lebens? Öhm... Was ist der Sinn von Weihnachten? Ihre und seine Lieben um sich zu scharen, einige ruhige Tage miteinander zu verbringen und Kraft zu schöpfen – bevor die Tage wieder schneller werden. Kaufen Sie Ihre Geschenke in Telgte, denn die Altstadt braucht Sie so sehr, wie auch Sie die Altstadt brauchen. Wir wünschen Ihnen und Euch eine ruhige Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Ihre und Eure Pöggskén-redaktion



„Auf dem Weg zur klimaneutralen Kommune“...

...ist jetzt nicht nur die Überschrift dieses Artikels, sondern absehbar die einer Serie von Tagesordnungspunkten in Rat und Ausschüssen in den nächsten Jahren.

In seiner Novembersitzung hat der Haupt- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschlossen, einen neuen Prüfstein in die Sitzungsvorlagen aufzunehmen, in dem festgestellt wird, ob der

jeweils vorgeschlagene Beschluss klimarelevante Auswirkungen hat und durch welche Kompensationsmaßnahmen diese ausgeglichen werden können.

Im Haushalt 2020 sind für

solche Kompensationsmaßnahmen 37.000 Euro veranschlagt.

Bereits im September beschloss der Ausschuss für

[Weiter auf Seite 2](#)

Erfreuliche Ausgangslage für Haushalt 2020

Das Ergebnis der Haushaltsverhandlungen werden wir in dieser Pöggskén-Ausgabe nicht mehr darstellen können, weil dieses frühestens nach der Ratssitzung am 12. Dezember feststehen wird.

Dann soll Dat Pöggskén aber möglichst schon in Ihren und Euren Briefkästen liegen. Wohl aber wissen wir schon, was der Finanzausschuss am 28. November mit unseren Anträgen gemacht hat, und wir können die Eck-

daten, die Ausgangssituation und die mittelfristige Finanzplanung darstellen.

Der Haushalt im Überblick

Der Vorschlag der Verwaltung sieht Aufwendungen in Höhe von 45,7 Millionen Euro vor, was sich im Laufe der Verhandlungen und Beschlüsse des Finanzausschusses und letztendlich des

Rates noch verändern kann.

Die größten Kostenblöcke sind die Kreisumlage mit 15,3 Millionen (Der Kreis finanziert sich neben den Zuschüssen von Bund und Land durch die Kreisumlage von den angehörigen Städte und Gemeinden), die Personalaufwendungen (8,64 Millionen) und die Sach- und Dienstleistungen (8,4 Millionen), die vor allem die Bewirtschaftung der städtischen Gebäude, Anlagen und

Einrichtungen darstellen.

Die Investitionen betragen insgesamt 12,8 Millionen Euro, die in den kommenden Jahren fast zur Hälfte wieder zurückkommen, weil ein sehr großer Teil Grundstückskäufe und Erschließungskosten in dem neuen Baugebiet Telgte-Süd sind.

6,1 Millionen werden in Baumaßnahmen investiert – Sanierung der Drei-

[Weiter auf Seite 7](#)

WIR MACHEN DEN FAKTENCHECK

Im Grünen Adventskalender
24 Wahlversprechen - 24 Ergebnisse

Jetzt auf Instagram & Facebook





Liebe Telgterinnen und Telgter,

der 13. September 2020 ist ein ganz besonderer Termin. Wer in den Kalender für das nächste Jahr schaut, erkennt sofort: Das ist Kirchmessonntag in Telgte, zwei Tage vor dem Mariä-Geburts-Markt. Definitiv ein wichtiger Tag also.

Ach richtig, und gleichzeitig ist das der Sonntag, an dem in ganz Nordrhein-Westfalen neue Stadträte, Kreistage, Landrät/innen und Bürgermeister/innen gewählt werden. In ganz Nordrhein-Westfalen? Tja, leider geht's hier nicht zu wie in „Asterix und Obelix“, Telgte kann sich trotz der Kirmes nicht aus der Kommunalwahl 2020 ausklammern.

Für Sie als Wählerin und Wähler ist das jedenfalls ein wichtiger Tag, weil Sie mit Ihrer Stimme die Zusammensetzung des Telgter Stadtrates für die dann folgenden fünf Jahre bestimmen können. Und mit einer weiteren Stimme bestimmen Sie auch, wen Sie bis Oktober 2025 mit dem Amt der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters für Telgte betrauen möchten.

Ich habe mich im September entschieden, dass ich mich für eine weitere Amtszeit um dieses Amt bewerben möchte. Dazu muss mich meine Partei – der Ortsverband von Bündnis 90/DIE GRÜNEN – offiziell nominieren, und dann haben Sie als Wählerinnen und Wähler im nächsten Jahr das Wort.

Seit 1984 habe ich mich ehrenamtlich in die kommunale Politik meiner Heimatstadt Telgte begeben, war knapp 25 Jahre Ratsmitglied, davon rund 15 Jahre Fraktionssprecher der Grünen, bis ich mich im Mai 2010 als hauptamtlicher Bürgermeister zur Wahl gestellt habe und mit großer Mehrheit gewählt wurde. Damals wie heute geht es mir darum, Verantwortung für die Stadt und ihre Geschicke zu übernehmen, für unser demokratisches Miteinander, für den Umgang von Verwaltung und Politik mit den Menschen in Telgte und ihren Interessen und Anliegen.

Eigentlich wären ja zehn Jahre in diesem spannenden wie herausfordernden Amt

genug – ein Wechsel an der Spitze von Rat und Verwaltung kann in der Demokratie ja auch gut tun – weshalb ich im letzten Jahr eher an eine Beendigung meiner Arbeit in Telgte gedacht habe. Die Entscheidung, erneut für das Amt des Bürgermeisters anzutreten, habe ich nach reiflicher Überlegung getroffen: Ich möchte weiterhin mit Freude und Elan an der Gestaltung und Entwicklung unserer Stadt mitwirken. Und allein die Herausforderungen des rasanten Klimawandels an die städtischen Entscheidungen und Weichenstellungen der nächsten Jahre sind für mich Antrieb genug, mich erneut als Bürgermeister zu bewerben.

Alles andere entscheiden Sie dann am 13. September 2020 – das ist insofern ein besonderer und ein besonders wichtiger Termin.

Ihr
wolfgang pieper

Der grüne Adventskalender

Die Vorweihnachtszeit ist in vollem Gange. Häuser, Straßen und Wohnzimmer werden langsam, aber sicher immer weiter geschmückt und viele von uns öffnen täglich ein Türchen im Adventskalender.

Wir haben uns einen besonderen Adventskalender überlegt und liefern Euch seit dem 1. Dezember täglich einen Beitrag mit Versprechen, die wir bei der vergangenen Wahl gegeben haben. Was

wir in dieser Zeit bereits bewirken und wo unsere Anträge leider nicht das gewünschte Ergebnis erzielen, könnt Ihr also bis Heiligabend täglich nachverfolgen.

Schaut dazu einfach täglich auf unser Profil bei Facebook oder Instagram.

j.b.



Fortsetzung von Seite 1

Planen, Bauen, Umland und Umwelt, die Fortschreibung des Klimaschutzplanes der Stadt Telgte mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2040 zu versehen.

Die Grüne Fraktion forderte ein ambitionierteres Ziel bis 2030. Das wurde ebenso abgelehnt, wie der Kompromissvorschlag des Bürgermeisters, parallel zu

dem Fahrplan 2040 einen mit dem Ziel 2035 zu erstellen, um dann entscheiden zu können.

Wir kennen keinen Namen für diese Logik, aber wer sowieso nichts sagen will, braucht auch nicht zu sehen oder hören. In derselben Vorlage wurde das Ziel, die CO₂-Emissionen von Telgte-Süd möglichst „gegen

Null zu reduzieren“ gegen „deutlich zu reduzieren“ ausgetauscht.

Gut für die Grünen, denn sie werden nach wie vor gebraucht, aber schlecht für das Klima!

Immerhin – es geht voran – Auf dem Weg zur klimaneutralen Kommune.

g.k.

„Auf dem Weg zur klimaneutralen Kommune“...



Die Gaststätte mit großem Biergarten direkt am Emsauenweg!

Im wilden Mann

Inh. Fam. Brandes
Emsstraße 25 – Tel. 0 25 04/66 00
oder 01 71/692 3490

Kaminzimmer bis 30 Personen
Di.-Fr. 17.00-1.00 Uhr
Sonn- + feiertags ab 11.00 Uhr
Frühschoppen
Montag Ruhetag

Impressum

Zeitung der Grünen Telgte
Ratsfraktion & Ortsverband
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Auflage: 8.700 Stück
Anschrift: Peter Spieker
Waldweg 27
48291 Telgte
V.i.S.d.P.: Peter Spieker

Textbeiträge:
Jost Behre, Michael Brandherm,
Bernhard Drestomark, Marian
Husmann, Gerd Klünder, Katja
Müller, Bettina Schmitte, Peter
Spieker, Britta Sporket

Noch eine? Noch eine! Neue Kita an der Robert-Schumann-Straße

Das kann man ja fast nicht glauben: Innerhalb von drei Jahren werden in Telgte drei neue Kindertagesstätten gebaut!

Die Kita Emspiraten am Fürstendiek 2018, die Kita Lüttenland, die im Februar 2020 eröffnen wird und im Laufe des Jahres 2020 soll noch eine neue Dreigruppen-Kita an der Robert-Schumann-Straße entstehen.

Warum der Bedarf so hoch ist, haben wir in den letzten Pöggskan bereits häufiger erläutert: Nicht nur der Zuzug in die neuen Baugebiete, vor allem der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem ersten Lebensjahr hat dazu geführt, dass die bisherigen Plätze nicht ausreichen, obwohl alle Kitas in den letzten Jahren neue Räumlichkeiten angebaut haben.

Familien haben einen anderen Bedarf an Betreuung entwickelt und der Wunsch oder die Notwendigkeit, die

Kinder bereits vor dem dritten Lebensjahr in einer Einrichtung zu versorgen, ist gestiegen.

Das Betreuungssystem war in den letzten Jahren überlastet: Ausgebuchte Tagesmütter, Gruppen mit Überbelegung und kaum Plätze für Kinder, die im Laufe des Kita-Jahres dazu kommen. Durch den Bau der Kita Lüttenland an der Georg-Muche-Straße ist eine erste Entlastung erkennbar.

Die Grüne Fraktion ist froh, dass mit dem geplanten Neubau einer Drei-Gruppen-Einrichtung in den Drostegärten auch die bestehenden Einrichtungen etwas mehr „Luft“ bekommen.

Diese Entscheidung ist begleitet worden von Anwohnerkontakten, und –versammlungen, in denen vielfach vor allem die Sorge um die künftige Verkehrssituation, insbesondere das Bringen und Abholen der Kinder mit dem



Auto geäußert wurde.

Die Grüne Fraktion hat sich diesen Bedenken immer gestellt, sieht aber grundsätzlich die Lage von Kitas in Wohngebieten als sehr sinnvoll an. Wir wollen keine Kitas im Außenbezirk, die dann nur noch mit dem Auto erreichbar wären. Und wir denken, dass eine Kita ein sympathischer Nachbar ist: Lebendig am Tag und ruhig am Abend und Wochenende.

Dennoch werden die morgendlichen Bringzeiten natürlich von allen Rücksicht und ein paar Minuten mehr Zeit verlangen. Verglichen mit der Platzzahl und Ver-

kehrsanbindung anderer Kitas im Stadtgebiet halten wir das für vertretbar – diese Kita wird mit 55 Plätzen eine der kleineren Einrichtungen im Stadtgebiet sein. In den Planungen soll nun berücksichtigt werden, dass das Rangieren und kurzfristige Parken möglichst sinnvoll gelöst werden.

Wir setzen uns jedoch auch dafür an, dass nicht unnötig Fläche versiegelt wird, die den Kindern auf dem Gelände tagsüber als Spielfläche fehlt. Vorrang hat für uns vor allem, dass diejenigen, die ihre Kinder zu Fuß oder mit dem Rad bringen, sichere

Wege finden.

Im Laufe des Sommers ist in den politischen Gremien die Auswahl des Trägers erfolgt. Die Grüne Fraktion begrüßt, dass die AWO Ruhr-Lippe-Ems als neuer Träger plant, die Gesundheitsförderung zum Konzept der Kita zu machen und auch die Attraktivität der An- und Abfahrt ohne Auto zu erhöhen. Dazu soll es gegebenenfalls einen Fahrrad-Verleih auf dem Gelände, eBikes für die Mitarbeitenden und weitere Angebote für die ganze Familie geben.

k.m.

Kinder in Telgte schützen Missbrauchsprävention in der Jugendarbeit ernst nehmen

Häufig schrecken dramatische Ereignisse von Kindesmissbrauch, die an die Öffentlichkeit gelangen, auf und lassen hoffen, dass so etwas nie im eigenen Umfeld oder der eigenen Stadt geschehen möge.

Es ist allgemein bekannt, dass die Dunkelziffer für diese Straftaten extrem groß ist. Eine besondere öffentliche Verantwortung liegt daher auf dem Schutz von Kindern in Einrichtungen, Institutionen, Vereinen und Verbänden – auch in unserer Stadt.

Welche Maßnahmen hierzu bereits ergriffen sind und was aber auch noch zu tun ist, das war Thema im letzten Ausschuss für Jugend, Senioren, Sport und Soziales. Herr Bögge vom Kreisjugendamt in Warendorf erläuterte, dass auf verschiedenen Ebenen formale Leitlinien, aber auch konkrete Handlungsleitfäden für Verdachtsfälle vorliegen.

Beispielweise sind für viele Tätigkeiten erweiterte Führungszeugnisse Pflicht. Für die Einrichtungen, in denen Fachkräfte arbeiten, sind ebenfalls Regelungen aufgestellt.

Auch wie der Schutz der Kinder in den ehrenamtlichen Strukturen sichergestellt werden kann, interessierte den Ausschuss, also bei Jugendverbänden, Ferienangeboten und in Sportvereinen.

In den kirchlichen Einrichtungen werden die Ehrenamtlichen mittlerweile verpflichtend geschult. Etwas offener gestaltet es sich häufiger bei anderen Verbänden und Sportvereinen.

Auch wenn beispielsweise auf Kreisebene Rahmenvereinbarungen abgeschlossen werden, ist damit noch nicht gesichert, dass jeder Ehrenamtliche und Übungsleiter informiert ist, was zu tun ist, wenn ihm etwas komisch

vorkommt, sich ein Kind oder andere Leiter*innen seltsam verhalten. Hier ist die Unsicherheit häufig groß oder führt zu Nichtstun.

Worauf sollte ich überhaupt achten, was ist zu tun, mit wem sollte man reden und wie kann man verhindern, alle unter Generalverdacht zu stellen? Wie kann grundsätzlich ein respektvoller Umgang miteinander sichergestellt werden, der Diskriminierung und Abwertung verhindert?

Für diese Fragen sollte in jedem Verein und jedem Verband regelmäßig sensibilisiert werden, damit Kinder in dieser vertrauensvollen Umgebung gut ihre Freizeit verbringen können.

Aus Sicht der Grünen Fraktion haben Vereinsvorstände hier eine besondere Verantwortung, wenn sie Angebote für Kinder und Jugendliche machen.

Auch wenn das Thema



vielleicht nicht attraktiv erscheint: es reicht nicht, den Schutz von Kindern in Leitlinien und Vereinbarungen zu schreiben. Er muss regelmäßig und ganz praktisch auf die Tagesordnung, um Täterstrategien zu erkennen und zu durchbrechen. Ist das in Telgte in allen Vereinen und Verbänden gesichert?

Auch Eltern sind gefragt,

sich zu informieren und nachzufragen. Das Angebot des Kreisjugendamts, aber auch anderer übergeordneter Ebenen der Verbände, für Beratung und Sensibilisierung zur Seite zu stehen, wurde im Ausschuss deutlich formuliert. Wir hoffen, es wird zahlreich angenommen!

k.m.

Ein Satellit für die Feuerwehr?

Justitia macht den Weg frei

Nein, die Telgter Feuerwehr soll natürlich keinen Satelliten bekommen, um Waldbrände aus dem All zu entdecken. Es geht, wie Sie sicherlich schon vermutet haben, um den sogenannten Satellitenstandort im Telgter Norden.

Dort soll, so der aktuell gültige Brandschutzbedarfsplan, ein Standort für zwei Feuerwehrfahrzeuge entste-

die Zeit ab der Alarmierung. Nach langem Standort-suchverfahren – dat Pöggskan berichtete – wurde der Parkplatz Ecke Einener Straße/Ostbeverner Straße ausgewählt. Der Kreis Warendorf erteilte zeitnah eine Baugenehmigung für die Doppelgarage mit Umkleieräumen.

Diese Baugenehmigung wurde von einigen Anwoh-

Die damaligen Kläger*innen haben gegen die Entscheidung des OVG eine Revisionsnichtzulassungsbeschwerde eingereicht. Das bedeutet, kurz gesagt, dass das gesamte Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht landen könnte. Hauptkritikpunkt der Anwohner*innen ist eine mögliche Lärmbelastung durch Einsätze in den Nachtstunden.

ob das BVerwG die Revision gegen das Urteil des OVG zulässt.

Selbst, wenn dann Rechtsicherheit herrschen würde, würde der Satellitenstandort aber nicht direkt gebaut. Nach dem Bau des Bahnüberganges bei Kraege, als Verlängerung der Südtangente, sollen die Einsatzzahlen abgewartet und der Brandschutzbedarfsplan fortgeschrieben werden, um zu schauen, ob ein zweiter Standort nördlich der Bahn wirklich notwendig ist.

Der ehemalige Standort an der Ritterstraße bleibt solange als Nordstandort bestehen, ist baulich aber definitiv abgängig.

Und eines muss hier noch einmal gesagt werden: Der Bau eines Gerätehauses im Gewerbegebiet ist aus einsatztaktischer Sicht völlig sinnlos. Wir haben in Telgte eine FREIWILLIGE Feuerwehr. Das bedeutet, dass die Kamerad*innen nicht den ganzen Tag in einer Feuerwache warten, sie fahren bei Alarmierung in das Gerätehaus und rücken dann aus. Das bedeutet, dass ein Gerätehaus da errichtet werden muss, wo viele Kamerad*innen – und solche, die es noch werden wollen – wohnen!

m.h.



hen, um die Schutzzielerreichungsquote zu gewährleisten. Diese vom Rat als Ziel definierte Quote gibt vor, dass im ersten Schutzziel bei mindestens 80 Prozent der Einsätze innerhalb von neun Minuten neun Einsatzkräfte am Einsatzort sind. Hier gilt

ner*innen vor dem Verwaltungsgericht erfolgreich beklagt. Das dagegen von Kreis und Stadt geführte Berufungsverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) war erfolgreich, weshalb theoretisch gebaut werden könnte.

Die Feuerwehr rückt etwa 20-mal im Jahr zwischen 22 Uhr und 6 Uhr aus. Die Stadt hat schon zugesichert, dass eine Ampelanlage installiert wird, um beim Ausrücken das Einschalten des Martinhorns überflüssig zu machen. Es bleibt also abzuwarten,

Feuerwache Westbevern auf gutem Weg

Neuer Standort in zentraler Lage

Der bestehende Standort der freiwilligen Feuerwehr in Westbevern ist schon seit längerem nicht mehr für die Arbeit der Feuerwehr geeignet.

Zum Beispiel müssen sich die Feuerwehrleute aus Platzmangel direkt neben den Fahrzeugen umziehen. Das ist nicht nur arbeitsrechtlich problematisch, sondern in Zeiten von Feuerwehrmännern und Feuerwehrfrauen auch nicht mehr zumutbar. Außerdem fehlen aktuell Parkplätze, die Anfahrt ist für die Feuerwehrleute daher

oft gefährlich.

Für einen Neubau hat die Stadt Telgte mittlerweile ein Grundstück erworben. Hierbei handelt es sich um das Gelände des ehemaligen Bolzplatzes. Dieser Bereich wurde schon vor Jahrzehnten aufgeschüttet und liegt somit weitgehend oberhalb der Beverraue und nur in geringem Umfang im Überschwemmungsbereich der Bever.

Kleiner Rück-

blick: Auf dem Gelände direkt neben der heutigen Feuerwache und damit genau im Überschwemmungsgebiet sollte ein von privaten Investoren geplanter Discounter entstehen. Dass hierfür keine Genehmigung, weder bei der Stadt (Planungsrecht) noch beim Kreis (Baugenehmigung) oder Bezirksregierung (Regionalplanung) möglich ist, dürfte jedem Fachplaner klar sein.

Und was in

Telgte Stadt gilt, gilt natürlich sinngemäß auch in Westbevern (hierzu auch den Artikel: „Ein Satellit für die Feuerwehr?“)

m.b.



poeggscast.de

PÖGGSCAST
Der grüne Talk aus Telgte



Mehr wagen, um nicht alles zu riskieren

Bericht zur Bundesdelegiertenkonferenz in Bielefeld

97,1 Prozent für Annalena Baerbock. Ein sozialistisches Wahlergebnis?

Nicht ganz: Zu den 99 Prozent, mit denen F.-J. Strauß 1979 zum Vorsitzenden der Christlich Sozialistischen Union gewählt wurde, fehlen noch 1,9 Prozent. Aber Spaß bei Seite: Annalena ist nach zwei Jahren ganz sicher in der Position der Sprecherin angekommen und hat zudem eine wirklich tolle Bewerbungsrede gehalten, für die sie langanhaltende „Standing Ovation“ bekam. Robert Habeck fiel im Vergleich nicht nur in seiner Bewerbungsrede deutlich ab, sondern auch im Ergebnis: „Nur“ 90,4 Prozent für Robert. Auch die Einbringungsrede von Annalena für das Kapitel „Wirtschaft - Klima - Finanzen“ war nicht zu toppen. Und sie befasste sich vor allem mit konkreten Handlungswegen zur Umsetzung grüner Politik und mit der Notwendigkeit von Verbündeten, auch in der Wirtschaft. Ein Schelm, wer „Kanzlerin“ dabei denkt und nicht wenige Delegierte mut-

aufgenommen und so die meisten Diskussionen abgefangen. Außerdem gab es auch keine harten Konfliktlinien, keine strittigen Grundsatzentscheidungen. Die Partei ist zufrieden mit ihrem Sprecher*innenteam, was sich ja auch in den Wahlergebnissen widerspiegelt und darin enthalten ist ein großer Vertrauensvorschuss. Einzig bei den Grünen wird immer Zoff erwartet. Im Augenblick gibt's überall Zoff, außer bei den Grünen.

Klimaschutz

Die Medien stellen die Forderungen der BDK im Klimaschutz als etwas weichgespült dar, was aber nur auf veränderte Maßstäbe zurückgeführt werden kann. Sämtliche Ziele gehen noch über die Forderungen aus dem Europawahlprogramm hinaus. Dass sie offensichtlich nicht als zu radikal gebrandmarkt werden, macht es einfacher. Was drin ist:

- ein klares Bekenntnis zum 1,5-Grad-Ziel statt einer



maßen, dass auch Roberts Zurückhaltung dazu diene, das - gefühlte - Ungleichgewicht im Duo auszugleichen. Wie auch immer – spätestens seit Bielefeld wissen die Grünen, dass sie ein Sprecher*innenteam haben, aus dem beide auch hohe und höchste Ämter ausfüllen können.

Friede, Freude, Eierkuchen? Ja, das war wohl so und es fühlte sich auch etwas befremdlich an. Allerdings hat die Antragskommission des Bundesvorstandes auch fast alle der über 700 Änderungsanträge in ihren Beschlussvorschlag, teils modifiziert,

allgemeinen Aussage, dass wir das Pariser Abkommen „deutlich unter 2 Grad“ einhalten wollen

- 65 Prozent weniger Treibhausgasemissionen in der EU bis 2030, statt nur 55 Prozent, wie noch im Europawahlprogramm gefordert

• ein Einstieg in einen Ausbaupfad, mit dem Wind und Sonne zur bestimmenden Energieform werden können. Unser alter Vorschlag lag bei einem Zubau von jeweils 5 Gigawatt Wind und 5 GW Solar pro Jahr; jetzt fordern wir 5 bis 6 Gigawatt Wind sofort, ab Mitte der 2020er Jahre 7 bis 8 Gigawatt. Für

Solarenergie fordern wir nun sogar einen Einstieg von 10 bis 12 Gigawatt pro Jahr, ab Mitte der 2020er wollen wir 18 bis 20 Gigawatt zubauen. Parallel wollen wir natürlich die Sektorkopplung zu Wärme und Verkehr, das Netzmanagement und die Speicher ausbauen.

- feste Einspeisevergütun-



gen für Bürgerenergieprojekte, so dass sie von den Ausschreibungsverfahren nicht länger behindert werden. Das ist auf Bundesebene noch nie so beschlossen worden.

- ein entschädigungsfreier Abschaltplan für Kohlekraftwerke und ein klares

maschutzgesetz und „climate mainstreaming“ für alle anderen Gesetze. Auch das ist eine neue Forderung.

Und eine Vielzahl von Maßnahmen in allen Bereichen, mit denen wir das Pariser Klimaschutzabkommen tatsächlich einhalten können, wie eine Solarpflicht für Neubauten, sozial-ökolo-

gische Kriterien bei Planung und Vergabe öffentlicher Investitionen und Leistungen, die gesetzliche Festlegung der ökologischen Waldbewirtschaftung, Benchmarks für den Energieverbrauch von Rechenzentren, Abschaffung der Bonusmeilen



Robert Habeck und Maria Klein-Schmeink mit den Delegierten aus dem Münsterland

Bekenntnis zu „Alle Dörfer bleiben“, damit die Zerstörung von Heimat für Braunkohletagebaue ein Ende hat.

- eine ernstzunehmende CO2-Bepreisung in den Bereichen Verkehr, Gebäude und landwirtschaftliche Produkte, beginnend mit 60 Euro je Tonne 2020 und planbar ansteigend; mit der vollständigen Rückgabe der Einnahmen aus dem CO2-Preis als Energiegeld an alle Einwohner*innen. Ursprünglich betrug unsere Forderung nur 40 Euro, ohne klaren Anstiegspfad.

• die Aufnahme des „CO2-Budgets“ in ein Kli-

im Flugverkehr, mehr Geld für die Bahn, Tempo 30 innerorts, usw. Es ist unmöglich, alle hier aufzuführen! Sie sind aber nachzulesen auf: <https://www.gruene.de/service/beschluesse-der-bundesdelegiertenkonferenz>

g.k.



Im Zeichen der Achtsamkeit

Dem Stress auf die Schliche kommen

NEUER 8 WOCHEN MBSR-ACHTSAMKEITSKURS
BEGINN: JANUAR

Heike Hegemann-Möllers
Raestrup 18a / 48291 Telgte
0174 / 8087469
hegemann@molino-camino.de
www.molino-camino.de

Tischlerei + Bodenlegebetrieb + Fachbetrieb Dämmtechnik

Röwekamp & Stumpe












Tel.: 02582 / 66 88 23
www.roewekamp-stumpe.de



Letzte Diagnose

Hausärztliche Versorgung in Telgte in kritischem Zustand

Jede*r von uns möchte gern einen Hausarzt oder eine -ärztin in der Nähe, dessen, bzw. deren Praxis sie oder er schnell erreichen kann.

So ist es kein Wunder, dass die Bürger*innen Westbeverns beunruhigt sind darüber, dass bisher kein Nachfolger für die Praxis Dr. Berwanger gefunden wurde. Um diese Nachfolge auch zu einem Anliegen der kassenärztlichen Standesvertretungen und der Krankenkassen zu machen, entwarf unser Bürgermeister im September einen Appell, der sich an diese Stellen wenden und von möglichst vielen Telgter Bürgerinnen und Bürgern unterschrieben werden sollte.

Diese Aktion wurde verschoben, da die CDU Telgtes für den 20. November Karl-Josef Laumann, den nordrhein-westfälischen Minister für Arbeit, Gesundheit, Soziales ins Bürgerhaus eingeladen hatte, um dort wertvolle Auskünfte, im besten Fall eine Zusage für eine*n Nachfolger*in zu erhalten.

Um herauszufinden, wie die ärztliche Versorgung festgelegt wird, stellten BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN, Fraktion im Kreistag Warendorf, eine Anfrage an die Kreisgesundheitskonferenz am 4. September 2019.

Aus den Antworten geht hervor, dass im Wesentlichen der Gemeinsame Bundesaus-

schuss der Ärzte und Krankenkassen die Vorgaben für die Niederlassung von Ärzten festlegt, die Bewertung der Versorgungssituation von den Landesausschüssen der Ärzte und Krankenkassen pro Arztgruppe und Region vorgenommen wird und auf Kreis- oder gar Ortsebene kaum Einflussmöglichkeiten bestehen. So haben die Kreisverwaltung und Kassenärztliche Vereinigung auf die Frage nach der hausärztlichen Versorgung auf Gemeindeebene gar keine Antwort gegeben, sondern nur die Zahlen für die Mittelbereiche Ahlen, Beckum, Oelde, Warendorf genannt. Telgte gehört zum Mittelbereich Warendorf.

Liegt der Versorgungsgrad in einem Planungsbereich unter 110 Prozent, können sich neue Ärztinnen und Ärzte niederlassen.

Immerhin ist Telgte neben Ennigerloh, Everswinkel, Oelde, Sassenberg eine von fünf Gemeinden, in denen die hausärztliche Versorgung auf mittlere Sicht gefährdet erscheint, so dass eine finanzielle Förderung einer Niederlassung oder Anstellung durch das Hausarztaktionsprogramm des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Höhe von einmalig bis zu 30.000 Euro möglich ist.

In einem Konsenspapier haben das MAGS

gemeinsam mit den Kassenärztlichen Vereinigungen, den Ärztekammern und gesetzlichen Krankenkassen auf Landesebene vereinbart,

a) Quereinsteiger*innen mit 9.000 Euro monatlich zu fördern in Gebieten unter 40.000 Einwohner*innen; das sind Ärzte mit Facharztanerkennung in einem Gebiet der unmittelbaren Patientenversorgung, die eine Ausbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin absolvieren;

b) in einem Qualifizierungsjahr Allgemeininternisten ohne Schwerpunktbezeichnung, die bisher lediglich im stationären Bereich tätig waren, mit 9.000 Euro monatlich zu fördern in Gebieten unter 40.000 Einwohner*innen, bzw. 4.800 Euro in Gebieten mit mehr als 40.000 Einwohner*innen.

Vielleicht ermuntert diese Kulisse, eine*n junge Mediziner*in, sich in Westbevern niederzulassen. Gut wär's, z. B. auch für die Apotheke im Ort, vor allem für die Patient*innen.

b.d.

Wohin mit den Autos?

Fußgänger*innen und Radfahrer*innen ärgern sich über sie: parkende PKW, die in der Altstadt gelegentlich ein Drittel oder mehr des Straßenraums einnehmen. Des Straßenraums, wohlgemerkt, der ihnen ebenso gehört wie den Autofahrer*innen.

Nachts sind es die Fahrzeuge der Menschen, die dort wohnen und keine Garage haben, über Tag die Pendler*innen aus dem Umkreis, die in Telgte arbeiten, und die Kund*innen, Patient*innen, Klient*innen aus Telgte selbst, die aus ihrem Wohnviertel mit dem automobilen Untersatz in die Innenstadt fahren.

Der Parkraum ist knapp. Parksuchverkehr ist die Regel. Der Innenstadt-nächste Parkscheibenregelungs-freie Ort ist der zwischen Ritterstraße und Grabenstraße nahe Jufferstiege.

Was kann die Stadt tun, damit bei Zuzügen und Neubauten in der Altstadt nicht ein Parkraumkollaps entsteht?

In jedem Fall sollten die Investoren oder Baufamilien bei Neu- bzw. Ersatzbauten verpflichtet werden, pro Wohnung einen Stellplatz nachzuweisen. Gegenwärtige Projekte, beim denen der Konflikt akut wird, sind der Neubau, der unmittelbar nordöstlich des Bahnhofsgebäudes vom Unternehmen Huesmann, Bauingenieure, errichtet wird, sowie der geplante Neubau an der Ecke Bahnhofstraße/Ritterstraße. Dort wird der Giebel eines ehemaligen Gasthauses erhalten bleiben, der des unmittelbar benachbarten abgerissen und der rückwärtige Innenhof mit Eigentumswohnungen extrem verdichtet.

Es fehlt in Telgte an bezahlbarem Wohnraum, für wahr. Aber wenn neu gebaut wird, gehört mindestens ein Stellplatz pro Wohnung dazu. Da bringt der Antrag, den die CDU-Fraktion in der letzten Hauptausschusssitzung einreichte, wenig, mit

dem sie eine Änderung der Satzung über die Ablöse von der Stellplatzpflicht erreichen will.

Allzu gern kaufen sich nämlich die Bauherren, bzw. -unternehmer von der Verpflichtung frei, zahlen die knapp dreitausend Euro an Ablöse an die Stadt. Die CDU suggeriert in ihrem Antrag, dass durch die geforderte „Gestellung von PKW-Stellflächen...die Schaffung von Wohnraum konterkariert“



Die Straße ist so eng, dass sie in eine Spalte dieser Zeitung passt.

werde. Sie fordert die Stadtverwaltung auf, mit den Einnahmen aus den gezahlten Ablösebeiträgen Parkplätze zu bauen.

Wo denn, bitteschön, wenn nicht als Tiefgarage oder ebenerdig genau auf dem Grundstück, auf dem der Neubau entsteht?! Die Diskussion über die Verwendung von Ablösebeiträgen lenkt vom eigentlichen Problem ab.

b.d.



Vorrang für Telgte und soziale Komponente

Neue Kriterien für die Vergabe von Wohnbaugrundstücken

In den neuen Baugebieten in Telgte Süd und Westbevern werden auch Grundstücke von Stadt Telgte zu vergeben sein.

Bislang zählten beim Verkauf städtischer Grundstücke primäre soziale Kriterien wie Anzahl der Kinder

oder Gewährung öffentlicher Wohnbaumittel.

Die neuen Kriterien berücksichtigen neben diesen Kriterien gleichrangig auch den bisherigen Wohn- bzw. Arbeitsort. In Westbevern wird den ortsansässigen Interessenten sogar ein deutli-

cher Vorteil eingeräumt.

Insgesamt zählen zu den neuen Kriterien die Zahl der Kinder, gesundheitliche Einschränkungen oder Pflege von Angehörigen, gegenwärtiger Wohn- und Arbeitsort, ehrenamtliches Engagement sowie der Wohnort näher

Angehörige. In Westbevern gibt dazu noch einen weiteren Bonus für Ortansässige, auch um den Vorgaben des Bezirksregierung Rechnung zu tragen, dass kleinere Orte nur neue Baugebiete für den eigenen Bedarf ausweisen dürfen.

Notwendig wurden diese neuen Kriterien auch, weil aufgrund der extrem hohen Grundstückspreisen in Münster immer mehr Interessenten aus Münster auf das nahe Umland ausweichen..

p.s.

Fortsetzung von Seite 1

fachturnhalle, Umbau und Erweiterung an Schulen, Feuerwehrgerätehaus Westbevern, Bau eines beschränkten Bahnüberganges, Straßenbaumaßnahmen - auch diese Summe muss die Stadt bei Weitem nicht alleine stemmen, für so gut wie alle Projekte gibt es Fördergeld von Bund und Land und Umlagen. Erstmal sind diese Summen aber Bestandteil des Haushaltesv.

Erfreuliche Ausgangslage für Haushalt 2020

men über die Gewerbesteuer den Haushalt. Ein weiteres Viertel kommt vom Land als Anteil an der Einkommensteuer, 11,4 Millionen Euro.

Es gibt auch einen kleineren Umsatzsteueranteil, 1,6 Millionen. 3,6 Millionen kommen über die Grundsteuern rein. Dann gibt es mit



Die positiven Ergebnisse der vergangenen Jahre sind alle durch hohe Gewerbesteuererinnahmen entstanden. Rat und Verwaltung

junktüreinbruch und auf den die Expert*innen allem Anschein nach warten, vor allem die Telgter Betriebe, aber dann eben auch die Gewerbesteuererinnahmen empfindlich treffen.

Die Verwaltung rechnet vorsichtig mit den Zahlen des Landes weiter und wenn wir das positiv abweichende Ergebnis für 2019 einrechnen, ist Telgte bis vermutlich 2024 auf der sicheren Seite. Alles weitere ist ein Blick in die Glaskugel, vor dem wir uns aber auch nicht fürchten müssen.

g.k.

Wo soll das Geld herkommen?

Zu etwa einem Viertel, mit 11,8 Millionen Euro, finanzieren die Telgter Unterneh-

Berechnet zwar über einen etwas komplizierten Schlüssel (einfach kann schließlich jede*r), im Großen und Ganzen richtet sich der Posten aber schon nach dem, was in Telgte erarbeitet wurde.

knapp 1,1 Millionen etwas, das „Kompensationsleitungen“ heißt, vom Land kommt und hier mit Sicherheit nicht erklärt werden will.

Der Rest kommt aus – wie gesagt – Zuschüssen zu bestimmten laufenden Prozessen, Baumaßnahmen, Pauschalen (Schulen, Feuerwehr, Sport etc.) und Einnahmen durch z. B. Grundstücksverkäufe, Erschließungskosten.

Es fehlen aber noch 2,7 Millionen Euro, der Haushalt hat also erst mal ein Defizit. Aus den guten vergangenen Jahren hat die Stadt aber 7,2 Millionen auf der Hohen Kante (Ausgleichsrücklage) und kann das Defizit entsprechend ausgleichen.

Lage und Aussicht

Die Lage ist im Augenblick bestens. 7,2 Millionen auf der Kante und der Haushalt 2019 wird auch nicht, wie geplant, ein Defizit von 1,4 Millionen Euro erwirtschaften, sondern absehbar ein positives Ergebnis von knapp einer Million Euro. Das darf aber jetzt noch nicht eingerechnet werden, sondern erst nach dem offiziell berechneten Jahresergebnis.

**Einfach.
Natürlich.
Schön.**

2HEAVEN Eco Concept Store
for women + men

Kapellenstr. 4 · 48291 Telgte · 02504 9864938
Mo-Fr 10-13 Uhr, 15-18 Uhr · Sa 10-13 Uhr

ZWEIRAD ROSS
WWW.ZWEIRAD-ROSS.DE

Schürenstraße 7-9 · Sassenberg · Telefon: 02583/1005

E-TRITON PT5

- **NEUER BOSCH** Motor: Performance Line 2020
- 500 Wh Intube-Akku
- SmartphoneHub

STEVENS BIKES

Weitere Marken

KTM BIKE INDUSTRIES **Gazelle** **KOGA**

Husqvarna **VELOVILLE** **SPARTA**

RAYMON **GUDEREIT** **tern**

LEASING MIT ALLEN ANBIETERN MÖGLICH

Lückenschluss per Taxibus

Änderungen im Telgter Stadtverkehr

Anfang 2022 läuft die Konzeption für Stadtverkehre in Telgte aus, weshalb diese jetzt neu ausgeschrieben werden.

Hinter dem Begriff der Stadtverkehre verbergen sich in Telgte vor allem die Schulbuslinien. Hier gibt es nur geringfügige Änderungen und eine zusätzliche Linie über deren Details sicherlich nach erfolgter Ausschreibung berichtet wird.

Eine wichtige Änderung

betrifft aber den Taxibus, der zwischen Westbevern und Vadrup verkehrt. Dieser soll schon zum 1. Januar 2020 optimiert werden.

Der Taxibus fährt auf telefonische Anmeldung (30-Minuten vorher) zu den üblichen Buspreisen von Westbevern Kirche bis zum Bahnhof in Vadrup. Wer also ein Monatsticket hat kann den Taxibus „kostenlos“ nutzen.

Der Taxibus soll künftig

an Werktagen zwischen 5:30 Uhr und 21:30 Uhr im Stundentakt (zu Stoßzeiten auch halbstündig) von Westbevern nach Vadrup fahren. Dort besteht Anschluss an den RE2 um nach Münster zu fahren.

Von Vadrup nach Westbevern fährt der Taxibus an Werktagen zwischen 9 Uhr und 21:30 Uhr. Dort besteht Anschluss an die R13 nach Telgte. Neu ist auch, dass der Taxibus am Wochenende

zwischen 9 Uhr und 20 Uhr im Zweistunden Takt fährt.

So konnte eine deutliche Verbesserung in der Anbindung Westbeverns an Vadrup, Telgte und mit Umstieg an Münster erreicht werden. Auch die Umstellung, dass die R13 sonntags im Stundentakt fährt, hat zu einer Verbesserung beigetragen.

m.h.

Viel zu tun an Telgter Schulen

Hausaufgabenheft des Fachbereichs ist prall gefüllt

Mit der Präsentation des neuen Schulentwicklungsplans und den Diskussionen um die Neugestaltung der Gebührensatzung für die Schule „Acht bis Eins“ (BMB) und der „Offenen Ganztagschule“ (OGS) ist ein Prozess ins Rollen gekommen, der sich mit der Entwicklung der außerunterrichtlichen Angebote an den Telgter Grundschulen auseinandersetzt.

So erarbeitet die Verwaltung gerade mit Hochdruck einen Maßnahmenkatalog, um OGS und BMB auf zukunftsfähige Füße zu stellen. Gerade mit Blick auf den möglichen Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz ab 2025 müssen in naher Zukunft bauliche Maßnahmen ergriffen, aber parallel auch die bereits bestehenden guten Strukturen an den Grundschulen qualitativ gestärkt werden.

Aber auch an den weiterführenden Schulen gibt es nach wie vor viel zu tun: Der Umbau der Sekundarschule ist und bleibt im Fokus und auch am Gymnasium führt die Rückkehr zu G9 zu veränderten Raumbedarfen.

Zudem muss auch die Mensa am Schulzentrum nochmal neu in den Blick

genommen werden, da mit dem gebundenen Ganztags an der Sekundarschule und immer mehr „mittagessenden“ Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums das Raumangebot auch hier nicht mehr ausreichend ist für die zwei Schulen.

Und als würde dies alles noch nicht ausreichen, arbeitet die Verwaltung noch an der Antragstellung zum „DigitalPakt Schule“, um für Telgte Bundesmittel zur Verbesserung der digitalen Strukturen in den Schulen bewilligt zu bekommen.

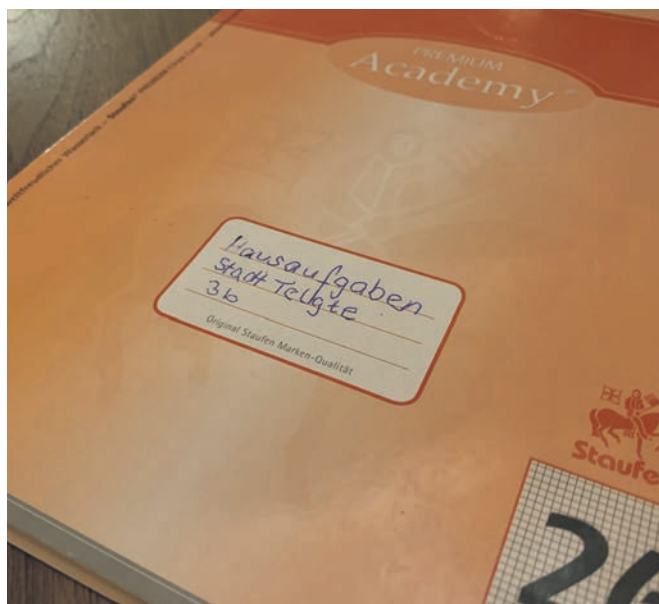
Schulentwicklung ist also gerade extrem komplexer und aufwändiger Prozess,

mit dem sich Verwaltung und Politik noch eine ganze Weile beschäftigen werden.

Angesichts der vielen neuen Aufgaben, Bedarfe und Wünsche - und ihrer Kosten - wird nicht alles und vor allem nicht gleichzeitig zu erfüllen sein. Es ist daher sinnvoll, dass gerade ein gemeinsames Verfahren mit allen Beteiligten begonnen wurde, aus dem sich dann Prioritäten ableiten müssen.

Diese müssen ja auf längere Sicht für alle sinnvoll sein - und nicht nur für eine Schule oder das gerade kommende Schuljahr.

b.s.



Symbolbild

Straßenmusik in Telgte?

Ja, kommt vor! Und natürlich auch, dass sich Leute dann darüber beschweren.

Logisch! Bloß nicht zu viel städtisches Flair. Anderen wiederum muss das ganz gut gefallen. Bekämen die Musiker*innen nichts in den Hut, würden sie nicht kommen. Also muss ein Schiri her. Und wie verhält sich die Stadt? Na ja, so ein Mitarbeiter vom

Ordnungsdienst, wenn sich einer beschwert, dann warten wir erst mal eine halbe Stunde und dann sagen wir „Mach mal eine Pause!“ Das scheint ganz gut zu funktionieren. Wie immer, wenn keine*r ganz zufrieden ist, ist ein guter Kompromiss gefunden.

g.k.

Welche Jahreszeit hat Frau Kramp-Karrenbauer am liebsten?
Ende Merz!

Kontaktadressen

Ortsverband:
Marian Husmann
Tel: 9 33 51 36

Ratsfraktion:
Sabine Grohnert
Tel. 7 70 96

Die Zahlen steigen

Schutz vor Wohnungslosigkeit rückt auch in Telgte in der Fokus

Die Sozialpädagogin Martina Kanter zeigte im Ausschuss für Jugend, Senioren, Sport und Soziales auf, dass in Telgte immer mehr Menschen von Wohnungslosigkeit betroffen sind.

Meldete 2016 nur eine Person ihre Notlage bei den Sozialen Diensten der Stadt Telgte an, sind es 2019 bereits 15 wohnungslose Personen.

Meist führt ein ganzes Bündel an Problemen zum Verlust der eigenen Wohnung, begleitet wird es immer vom Fehlen bezahlbarem Wohnraums. Es gibt auch keine „typischen Fälle“: Unter diesen Menschen waren sowohl Seniorinnen über 80 Jahre, Familien und alleinstehende Personen.

Die ebenfalls von den So-

zialen Diensten der Stadt betreuten anerkannten 219 Flüchtlinge mit Schutzstatus haben trotz eigenem Einkommen kaum Chance eine eigene Wohnung zu finden.

Streng genommen, sind sie auch „Wohnungslose“, die in den von der Stadt angemieteten Unterkünften leben.

Der Druck auf den Wohnungsmarkt ist auch in



Telgte hoch und das macht allen Wohnungssuchenden zu schaffen, die aktuell über ein geringes Budget verfügen. Die Stadt ist verpflichtet, Menschen unterzubringen, die in die Wohnungslosigkeit rutschen. Daher ist es für die Grünen in Telgte unerlässlich, dass durch den Bau von Sozialwohnungen, etwa im neuen Baugebiet Telgte-Süd die Situation entschärft wird

b.s.

Zusammen ist besser!

Bericht über Aktivitäten im zuständigen Ausschuss

Lebendig und eindrücklich startete der Bericht im Ausschuss für Jugend, Senioren, Sport und Soziales über die gemeinsamen Integrationsmaßnahmen der Stadt Telgte und dem Verein ZiB („Zusammen ist besser“).

Über zwei Jahre filmte Mina Tous, die vielseitigen Aktivitäten. Und so zeigte der Film Szenen vom internationalen Frauencafe, von diversen Kochtreffs, der Radfahrschule, dem Fußballtreff, den Fahrradwerkstätten und dem Outdoor-Sport. Alles Angebote die für Flüchtlinge und Interessierte zugänglich sind.

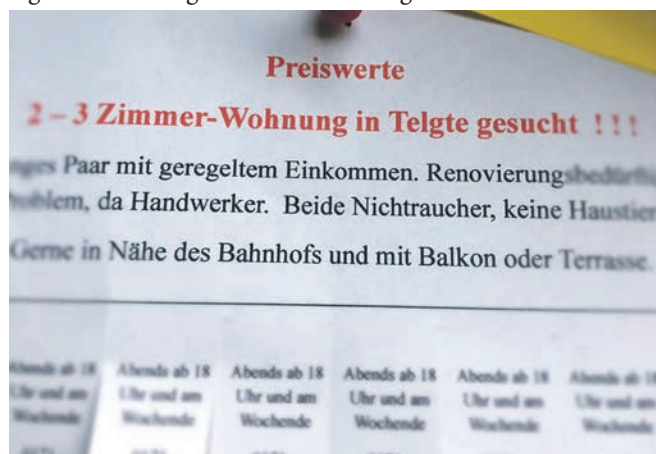
Andere Szenen veranschaulichten die Kurse und Angebote zum Spracherwerb für Erwachsene und Kinder. Daran beteiligen sich aktuell auch Studierende der FH Münster - ein Projekt das leider im kommenden Jahr nicht fortgeführt wird.

Sozialpädagogin Claudia Stricker kommentierte den

Film und erklärte weitere Formen der Unterstützung für Flüchtlinge. Sie wünschte sich insbesondere, dass zu den Angeboten noch mehr Telgter Bürgerinnen und Bürger dazu kommen, damit wirklich gegenseitige Begegnung und Kommunikation stattfinden kann - also Integration von beiden Seiten.

Und auch Dr. Arno Lott, der Vorsitzende von ZIB, meldete sich zu Wort. Nach wie vor werden noch Mitwirkende gesucht, um weiterhin die Flüchtlinge angemessen unterstützen zu können. Egal ob kleinere oder größere Aufgaben übernommen werden, Menschen die sich engagieren möchten sind in jedem Fall - auch im kleinen Stundenumfang - sehr willkommen! Unter www.zib-telgte.de findet man die Kontaktadressen zum Vorstand bzw. den Verantwortlichen für die unterschiedlichen Angebote.

b.s.



CO2-neutrales Baugebiet Telgte-Süd

Welche Konsequenzen zieht die Politik aus der Klimakrise?

Wie viel CO2 darf ein Wohngebiet noch ausstoßen, das in den Zeiten der gravierenden Erkenntnisse über die Klimakrise für die nächsten hundert Jahre geplant wird?

Das war die Frage, die hinter dem Antrag der Grünen Fraktion stand, in dem sie vorschlug, die Häuser so auszurüsten, dass sie nicht nur den eigenen Energieverbrauch während des Betriebs erzeugen, sondern über den Lebenszeitraum auch die Energie für Bau und Rück-

bau. Klimaneutral also über den gesamten Lebenszyklus. Diese High-End-Lösung wollten die anderen Fraktionen aber nicht so einfach mitgehen - und das war vielleicht auch ganz gut so - ,auch wenn sie dem grundsätzlichen Anliegen des Antrages offen gegenüber standen.

Beschlossen wurde, die Möglichkeiten zur CO2-Reduktion zunächst mit fachlicher Unterstützung umfassend zu untersuchen und daraus ein Gesamtpaket zu schnüren. In einem gemein-

samen Gespräch haben die Fraktionen inzwischen die offenen Fragen gesammelt und die werden jetzt in den Ausschusssitzungen nacheinander abgearbeitet.

Die Grüne Fraktion ist überzeugt davon, dass die CO2-Neutralität in wenigen Jahren die wichtigste Maxime solcher Planungen sein wird und freut sich, dass sich der gesamte Rat in Telgte bereits jetzt auf diesen Weg macht.

g.k.

Ein Kraftwerk für den Balkon!

Seit 2019 sind in Deutschland sogenannte Mini-Solaranlagen zulässig und dürfen auf Balkonen, Terrassen oder anderen geeigneten Gestellen installiert und an das Stromnetz der Wohnung angeschlossen werden.

Diese ermöglichen sogar Mieter*innen ein aktives Mitwirken an der Energiewende. In anderen europäischen Ländern wie der Schweiz, Portugal und Österreich sind nach jetzigem Informationsstand schon ca. 250.000 dieser Mini-So-

lar-Anlagen erfolgreich installiert und erzeugen Strom und helfen mit den CO2-Ausstoß zu senken.

Die Anlage sind sehr leicht anzubringen und wieder zu demontieren, sodass man diese bei einem Umzug einfach mitnehmen kann. Die Anlagen eignen sich daher perfekt für Mieter*innen und helfen diesen bis zu 20 Prozent des Strombedarfs selbst zu erzeugen.

Durch eine sogenannte Rücklaufsperrung des Netzbetreibers ist sichergestellt, dass

nicht mehr Strom ins Netz eingespeist wird als selbst verbraucht werden kann.

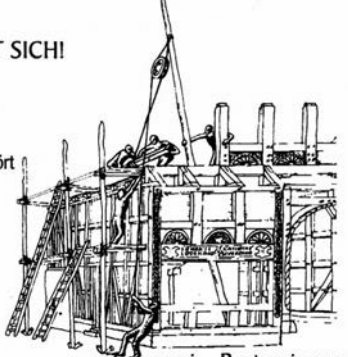
Die Anschaffungskosten liegen je nach Hersteller und Leistung der Anlage zwischen 500 und 1000 Euro (150 bis 600 Watt Leistung). Anbieter gibt es verschiedene, die Amortisationszeit - also die Zeit nach der die Anlage die Kosten eingespart hat - liegt bei etwa sieben Jahren.

m.h.

ALTES ZU ERHALTEN LOHNT SICH!

Wir restaurieren für Sie:
 Fachwerk, Gauben, Dachstühle
 Alles was zu einem betagten Haus gehört

Wir bauen und entwerfen für Sie:
 Gartenhäuser, Pergolas, Verandas,
 und vieles mehr, fragen Sie uns



Zimmerei • Restaurierung
KLAAS STIEGEMEIER - OEHLÉN
 Tel.: 02504 - 5959 in Telgte

Antrag zu Photovoltaik

Die Grüne Fraktion beantragt, eine geeignete Dachfläche auf einem städtischen Gebäude für die Errichtung einer Photovoltaikanlage auszuwählen. Dort soll eine Anlage in Eigentum der Stadt geplant und gebaut werden, ggf. mit einem Batteriespeicher. Dazu sollen 120.000 Euro im Haushalt bereitgestellt werden.

Warum?

Die Effektivität von Photovoltaikanlagen hat sich in den letzten Jahren technisch und finanziell verbessert. Eine passend geplante und ausgerichtete Anlage spart erhebliche Mengen an CO₂ ein und amortisiert sich in relativ kurzer Zeit. Daher sollte die Stadt damit beginnen, auf eigenen Dachflächen eine neue Anlage zu installieren und nach Möglichkeit eine große Menge des produzierten Stroms selbst zu verbrauchen. Vorzugsweise denken wir an die Dächer des Rathauses und der Sporthallen der Marienschule, Brüder-Grimm-Schule und Christophorus-Schule, die geprüft werden könnten.

PRÜFAUFTRAG

Elternbeiträge OGS und BMB

Die Grüne Fraktion beantragt, die Elternbeiträge in der Offenen Ganztagschule und in der Bis- Mittag-Betreuung (Schule von 8-13 Uhr) zu ändern und für die untere Einkommensgruppe bis 25.000 Euro Jahreseinkommen komplett zu streichen. Außerdem sollen Kinder nur noch 50 Prozent des Beitrags zahlen, wenn sie ein Geschwisterkind im Kindergarten haben. Das wird den Haushalt der Stadt mit ca. 100.000 Euro belasten.

Warum?

Aus vielen Studien ist bekannt, dass in Deutschland

beispielsweise Kinder mit Migrationshintergrund, Kinder von Eltern mit niedrigen Bildungsabschlüssen und Kinder in Familien mit Transfereinkommen in unserem Bildungssystem benachteiligt sind. Vielen von ihnen fehlt etwa die Unterstützung beim Lernen zuhause, ausreichend Gelegenheit, in ihrer ersten Fremdsprache Deutsch zu kommunizieren und das Gefühl, wie alle anderen Gleichaltrigen am „normalen“ Leben teilhaben zu können. Auch wenn die Elternbeiträge für OGS und BMB gestaffelt sind, ist der Anteil am Gesamteinkommen, den Eltern für diese Angebote zahlen müssen, in den unteren Einkommensgruppen prozentual höher. Die Kinder sollen aber von den Vorteilen dieser Betreuungs- und Bildungsangebote profitieren und Eltern nicht aus finanziellen Gründen überlegen müssen, ob ihre Kinder teilnehmen können. Das Ziel dieser Maßnahme ist, Kinder zu stärken und zu unterstützen, nicht Eltern zu erziehen. Vielfach ist außerdem von Familien die Ungerechtigkeit beklagt worden, dass nur aus Gründen der Zuständigkeit zwischen Stadt und Kreis eine Geschwisterermäßigung zwar innerhalb der Systeme Kitas und Grundschulen gilt, aber nicht, wenn Geschwister in beiden Institutionen sind. Das wollen wir ändern.

ANGENOMMEN

Städtische RWE-Aktien verkaufen

Die Grüne Fraktion möchte die Gesellschafterversammlung der städtischen Wirtschaftsbetriebe auffordern die 6300 RWE-Aktien zu verkaufen und das Geld an den städtischen Haushalt auszugeben. Die Einnahmen von etwa 120.000 Euro können etwa direkt in eine städtische Photovoltaikanlage fließen.

Warum?

Den Verkauf der Aktien fordern wir schon seit Jah-

ren. Die Aktien stehen im direkten Widerspruch zu den Klimaschutzanstrengungen der Stadt Telgte und der Ausrichtung des Klimanotstandes. Um das Ziel der CO₂-neutralen Stadt zu erreichen sind große finanzielle Anstrengungen erforderlich. Daher müssen auch die RWE-Aktien hier einen Beitrag leisten. Aus den erzielten Einnahmen kann zum Beispiel die von den GRÜNEN ebenfalls beantragte Photovoltaikanlage etwa auf dem Rathaus finanziert werden. Da hier mit einem direkten Verbrauch des Stroms zu rechnen ist dürfte die Rendite um einiges höher liegen, als bei den RWE-Aktien.

ABGELEHNT

8-Uhr Zug von Telgte nach Münster

Wir wollen, dass die Verwaltung Gespräche mit dem Zweckverband Schienenpersonennahverkehr und der Eurobahn mit dem Ziel aufnimmt, einen 8-Uhr Zug von Telgte nach Münster fahren zu lassen. Für die Umsetzung in der zweiten Hälfte 2020 wollen wir 20.000 Euro in den Haushalt einstellen. Wir gehen aber davon aus, dass die Kosten der Zweckverband trägt.

Warum?

Statistisch betrachtet, machen sich die meisten Arbeitnehmer*innen zwischen 6 und 9 Uhr auf den Weg zur Arbeitsstelle. Die Lücke im Zugangebot zwischen 7:32 Uhr und 8:32 Uhr ist zu groß. Dass zu dieser Zeit viele Pendler*innen auf dem Weg nach Münster sind zeigt sich auch am Verkehrsaufkommen auf der benachbarten B 51. Um eine echte Verkehrswende umzusetzen, die auch den Klimaschutzanstrengungen der Stadt Rechnung trägt, scheint daher ein zusätzlicher Entlastungszug unumgänglich. Die Züge um 6:59 Uhr und 7:32 Uhr sind jeweils stark gefüllt. Die Umsetzung erscheint unproblematisch, da um 7:45 Uhr ein Zug in Münster ankommt,

dort verweilt und um 8:17 Uhr wieder Richtung Warendorf fährt. Da die Fahrzeit zwischen Münster und Telgte 12 Minuten beträgt ist das Fahrgleis zu dieser Zeit frei und auch ein Richtungswechsel in Telgte kann zeitlich stattfinden.

ANGENOMMEN

Konzept zur Reduzierung des ruhenden Verkehrs

Wir wollen ein Konzept zur Reduzierung des ruhenden Verkehrs in der Altstadt in Auftrag geben. Das bedeutet, dass wir die Zahl der in der Altstadt geparkten Fahrzeuge reduzieren wollen. Das Konzept soll beleuchten, welche Auswirkungen etwa Carsharing, Nachbarschaftsautos, ausleihbare E-Lastenräder und mehr ÖPNV auf die Zahl der in der Stadt abgestellten PKW haben kann.

Warum?

Die Parkplatzsituation in der Altstadt ist häufig mehr als angespannt. Wir wollen ein Konzept in Auftrag geben, das Lösungen aufzeigt, wie die Parkplatzsituation entspannt werden kann. Für uns soll hierbei nicht die

Neuschaffung von Parkplätzen im Vordergrund stehen, sondern andere alternative Ansätze sollen untersucht werden. Für uns stellen sich die Frage, ob ausleihbare E-Lastenräder, Carsharing, Nachbarschaftsautos, Lieferboxen für regionale Waren, eine bessere Anbindung an den ÖPNV, die Förderung von E-Bikes, Mobilstationen oder größere Parkplatzflächen im Umfeld der Altstadt die Parkplatzsituation entspannen und die Zahl der in der Altstadt abgestellten PKW reduzieren können.

ZURÜCKGEZOGEN

Planungskosten Veloroute Süd

Beschlussvorschlag: In den HHPlan 2020 werden als Planungskosten für die Veloroute 5000 € (wie in 2019) angesetzt. Die zusätzlichen Mittel werden für die Planung einer Veloroute vom Telgter Süden nach Münster verwendet.

Warum?

Südlich der Bahnlinie soll eine zweite Veloroute durch die Wöste und Kasewinkel zur besseren Erreichbarkeit von Zielen in Münsters Süden gebaut werden. Die

Urlaub & Pflege

Reisen mit:

- ✓ Fachpflege rund um die Uhr
- ✓ Mobilitätshilfe
- ✓ 1:1 Betreuung

Fordern Sie unseren Prospekt an oder informieren sich im Internet:

Urlaub & Pflege e.V.
Voßhof 10
48291 Telgte

Tel.: 02504 – 73 96 043

Mail: post@urlaub-und-pflege.de
Home: www.urlaub-und-pflege.de

Route sollte aber nicht dem Verlauf des vorhandenen Radweges folgen, sondern erheblich begradigt und möglicherweise sogar über eine neue Brücke über die Wese geführt werden. Dazu werden Planungskosten benötigt.



Beschaffung neuer Fahrzeuge

Für die künftige Anschaffung von LKWs, Zugmaschinen und aller weiteren Nutzfahrzeuge im Bereich des Bauhofes wird die Möglichkeit des Erwerbs eines Fahrzeuges mit elektrischem oder Wasserstoffantrieb geprüft und hinsichtlich der Klimabilanz und der Anschaffungskosten in einer Vergleichsrechnung den Kosten für ein Fahrzeug mit fossilen Brennstoffen gegenübergestellt. Die Stadtverwaltung kauft und least künftig nur noch PKWs, deren Motoren mit nicht - fossilen Energiequellen angetrieben werden.



Förderung von Mini-Solar-Anlagen für Mieterinnen und Mieter

Der Rat der Stadt Telgte beschließt zur Förderung sogenannter Balkonkraftwerke Antragsteller*innen aus Telgte eine einmalige finanzielle Förderung von

100 Euro pro Anlage zu gewähren. Die Förderung wird auf ein Jahr befristet und auf eine Gesamtfördersumme von 10 000 Euro für 2020 beschränkt. Eigentümer*innen der betreffenden Immobilie/ Wohnung sind von der Förderung ausgeschlossen, da sie von zahlreichen weiteren Förderprogrammen profitieren.

Warum?

Die Stadt Telgte unterstützt damit MieterInnen, die ihren Strombedarf mit erneuerbarer Energie decken möchten und einen eigenen Beitrag zur Energiewende beitragen wollen.

Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden Beschlussvorschlag: a) Die Verwaltung wird gebeten, städtische Dachflächen zu prüfen, inwieweit sie für eine PV-Anlage geeignet sind. Sie wird beauftragt, auf der geeignetsten Dachfläche eine städtische Photovoltaikanlage zu projektieren. Die Nutzung eines Speichers ist zu prüfen. b) Auf der ausgewählten Fläche wird eine solche Anlage errichtet. Die Prüfungsergebnisse und Erfahrungen mit der ersten Anlage werden genutzt, um zu klären, ob bzw. wo weitere Anlagen gebaut werden können. c) Für die Errichtung dieser Anlage werden 120.000 € im Haushalt bereitgestellt. Begründung: Die Effektivität von Photovoltaikanlagen hat sich in den letzten Jahren technisch und finanziell verbessert. Eine passend geplante und ausgerichtete Anlage spart erhebliche Mengen an CO2 ein und amortisiert sich in relativ kurzer Zeit.



Neubau oder Umbau der Aula der Sekundarschule

Beschlussvorschlag: Für einen Neu-, bzw. Umbau der Aula /des Pädagogischen Zentrums der Sekundarschule werden -in den Haushalt 2020 Planungskosten in Höhe von 200 000 €; -in die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2022 und 2023 jeweils 1 800 000 € für die Errichtung des Gebäudes eingestellt.

Warum?

Die vorhandene, veraltete Pausenhalle allerdings genügt weder akustischen Erfordernissen, noch bietet sie eine hinreichende Aufenthaltsqualität für die Schüler*innen, Schulveranstaltungen und variable Nutzungen. Ein Neu- oder Umbau könnte eine barrierefreie Verbindung zwischen einzelnen Gebäudeteilen schaffen und dazu beitragen, dass die Schulgemeinschaft sich mit dem Gebäude identifiziert und zusammenwächst.



Umsetzung von Maßnahmen aus dem Landschaftsplan

Der Finanzausschuss möge beschließen: a) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit der Naturschutzbehörde des Kreises Wardendorf Kontakt aufzunehmen, um abzuklären, wo Maßnahmen des Landschaftsplanes Telgte auf Flächen der Stadt Telgte vorgesehen sind. b) Für die Umsetzung der Maßnahmen werden 10.000 € im Haushalt 2020 bereitgestellt.

Warum?

Nach § 3 Landesnaturschutzgesetz sind wir verpflichtet, festgesetzte Entwicklungs-, Pflege- und

Erschließungsmaßnahmen aus dem Landschaftsplan umzusetzen. Bisher gab es keine Anstrengungen der Stadt Telgte die oben genannten Maßnahmen auf stadteigenen Flächen umzusetzen.



Förderprogramm ökologisches Bauen

Das Förderprogramm ökologisches Bauen der Stadt Telgte soll wieder aufgenommen werden. Hierfür sollen 20.000 € im Haushalt 2020 bereitgestellt werden.

Das Förderprogramm soll in Zukunft nur noch die Punkte: Regenwassernutzungsanlagen sowie Dach-, Fassaden- und Hofbegrünungen enthalten. Die Punkte Solaranlagen, Photovoltaikanlagen und Wärmedämmmaßnahmen sowie Fenstersanierungen sollen entfallen.

Warum?

Bedingt durch den Klimawandel nehmen insbesondere Starkregenereignisse zu. Die Ableitung der Regenwassermengen bereitet zunehmend große Probleme. Zusätzlich wurden in den letzten Sommern die Trinkwasserbestände unnötigerweise durch die Bewässerung privater Gärten belastet. Um diesen Ursachen entgegen zu wirken, sollen durch das „Förderprogramm ökologisches Bauen“ Regenwassernutzungsanlagen sowie Dach-, Fassaden- und Hof-

begrünungen gefördert werden.



Stellenplan

Beschlussvorschlag: In den HHPlan 2020 sollen Mittel im Umfang von einer vollen Stelle (TVöD-S E11) für die Aufstockung der sozialpädagogischen Arbeit an den vier Grundschulen bereit gestellt werden.

Warum?

Wie regelmäßig im Schulausschuss sowie im Rahmen der Treffen zur Schulentwicklung von beiden Trägern berichtet, bedarf es an den vier Telgter Grundschulen einer besseren Ausstattung der sozialpädagogischen Arbeit. Das förderfähige Stundenvolumen der Kräfte deckt nicht den tatsächlichen Bedarf in Grundschule und Offenem Ganztag.



NEUE TERMINE AUF WWW.TANGO-TELGTE.DE

Möbel für Anspruchsstelle

Innenausbau
Bau- und
Möbeltischlerei

Andreas Fiege

Beratung • Planung • Fertigung • Montage

Exklusiver Innenausbau	Küchen- und Badmöbel
Einbaumöbel	Schiebetürsysteme
Fenster und Türen	Restaurierung
Massivholzmöbel	Sonderanfertigungen

Berdel 30 • 48291 Telgte
☎ 0 25 04/71 42 • Fax 0 25 04/7 27 89

Verspätungen reduzieren Planung neu aufgelegt

Ausweichgleis in Raestrup Dritter Bauabschnitt in Telgte-Süd entfällt

In der Sitzung des Rates Ende Oktober stimmte der Rat einem Antrag der Grünen Fraktion zu, der die Verwaltung beauftragt, Gespräche mit der DB-Netz aufzunehmen, um den Neubau eines Ausweichgleises in Raestrup zu erreichen.

Wer regelmäßig mit der Bahn zwischen Telgte und Münster pendelt, kennt das: Der Zug aus Münster kommt pünktlich an und wartet dann im Bahnhof Telgte auf den verspäteten Zug aus Warendorf. Ganz schlecht sieht's aus, wenn der dann plötzlich losfährt, denn das bedeutet für die Reisenden, die auf den Zug nach Münster warten, eine Verspätung von weiteren 35 Minuten. Das liegt daran, dass die nächste Begegnung, der beiden entgegenkommenden Züge, erst in Warendorf möglich ist. Und das bedeutet, dass der Zug aus Telgte erst nach Warendorf fahren muss, bevor der Gegenzug von dort nach Telgte starten kann. 2 x 17 Minuten macht 34.

Helfen könnte da ein Ausweichgleis in Raestrup, das etwa auf der Mitte liegt und

wo die notwendige Fläche für ein Ausweichgleis im Bereich des alten Bahnhofs noch vorhanden ist. Dann könnte der pünktliche Zug nämlich schon mal bis nach Raestrup fahren und dort auf den entgegenkommenden warten.

Im oben beschriebenen Fall würde das die Verspätung auf die Hälfte reduzieren. Noch wichtiger wird das, wenn der Halbstundentakt eingeführt wird. Und weil das in spätestens fünf Jahren passieren soll und wir es mit der DB-Netz zu tun kriegen, wird es höchste Zeit.

Etwas lustig war die Begründung der größten Fraktion, die dem als einzige (bei drei Enthaltungen) nicht zustimmen: Die Verspätungen lägen ja an der Eurobahn und der wolle man nun auch nicht helfen. Da hat jemand weder mitbekommen, dass die Linie demnächst wieder neu ausgeschrieben wird, noch dass die wenigsten Reisenden gerne am Bahnhof warten, nur weil sie den Schuldigen kennen. Vielleicht kein Bahnfahrer?

g.k.

Eine grundlegende Änderung in der Planung zum Baugebiet Telgte-Süd wurde in der Novembersitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umland und Umwelt (PBUU) beschlossen.

Bereits während der gesamten bisherigen Planungsphase des Baugebietes hingen zwei Details wie ein Damoklesschwert über der Planung. Das Geruchsgutachten hatte bereits in einem früheren Schritt dazu geführt, dass der dritte Bauabschnitt, das östliche an der Alverskirchener Straße gelegene Drittel, der tiefer liegenden landwirtschaftlichen Betriebe

wegen in Richtung Norden verschwenkt werden musste. Gleichwohl blieb der endgültige Ausgang des Gutachtens ungewiss. Außerdem hat in dem Bereich, in dem dieser dritte Bauabschnitt liegen sollte, ein Lohnunternehmen sein Betriebsgelände und die Verhandlungen über ein wirtschaftlich darstellbares Konzept zur Umsiedlung hingen in der Schwebe.

Schließlich zeigte sich bei der Endfassung des Emissionsgutachtens, dass der dritte Bauabschnitt zu hoch belastet ist und gleichzeitig waren die Verhandlungen die Umsiedlung betreffend ohne

Ergebnis geblieben. Die Verwaltung schlug deshalb vor, eine auf zwei Bauabschnitte verringerte neue Planung auf den Weg zu bringen.

Was zunächst ein wenig erschreckte, macht bei genauer Betrachtung aber den Weg frei für eine schnelle Umsetzung des dringend benötigten Baugebietes. Der dritte Bereich kann als Reserve betrachtet und unter veränderten Umständen zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden.

g.k.

Was lange währt, wird endlich gut

Die Stadtregion ist auf dem Weg

Noch im Frühjahr konnte der „Kontrakt zur Stadtregion“ nicht in allen Punkten die Gremien des Rates in Telgte passieren.

Die Grüne Fraktion hatte beantragt, den Vorschlag zur Zusammensetzung des Beirates der Stadtregion aus dem Beschluss auszuklammern, weil sie befürchtete, dass bei der Entsendung von zwei Botschafter*innen aus jeder der elf kleinen Kommunen und vier aus Münster, Parteien mit großen Ratsfraktionen weit überproportional vertreten sein würden, kleine dagegen unterproportional bis gar nicht.

Da FDP und SPD diesem

Antrag zustimmten und der gleichlautende Antrag der grünen Fraktion in Ostbevern ebenfalls eine Mehrheit fand, war die Bürgermeisterrunde aufgefordert, zur Zusammensetzung dieses Beirates einen neuen Vorschlag vorzulegen und das hat sie jetzt gemacht.

Die Änderung klingt nicht gerade spektakulär – drei Botschafter*innen aus den elf Umlandgemeinden, sieben aus Münster – zumindest in Telgte hat die Änderung ihr Ziel aber schon erreicht.

Hier sind jetzt eben nicht nur CDU und Grüne vertreten, sondern auch SPD und FDP, die sich einen Sitz über

die Vertretungsregelung quasi teilen. Die Botschafter*innen sind Dietmar Große Vogelsang, Gerd Klünder und Klaus-Werner Heger, letzterer mit Stellvertreterin Karin Horstmann.

Das Paket ist in Telgte also angenommen worden und da davon auszugehen ist, dass das auch in den anderen Städten und Gemeinden so sein wird, kann der Beirat seine Arbeit bald aufnehmen. Wir wünschen ihm und der gesamten Stadtregion viel Glück!

g.k.



Ehemaliges Gleisbett der Frachtrampe Raestrup

Vadrup hat den Kanal voll!

Neues Baugebiet in Westbevern-Vadrup erfordert zweites Entwässerungssystem

Das Entwässerungssystem in Westbevern-Vadrup ist an seinen Grenzen angekommen.

Das ging aus dem Sachstandbericht zur Entwässerungssituation in Westbevern-Vadrup im Bauausschuss (10. Oktober 2019) hervor, wobei sich die Situation nördlich und südlich der

Greverer Straße deutlich unterscheidet.

Im Süden ist das System ausreichend dimensioniert und auch für die zuletzt hinzugekommene Bebauung ist das System ausgelegt.

Im Norden sieht das mittlerweile ganz anders aus. Das liegt zum einen an der besonderen Lage mit einer Senke

ungefähr im Bereich von Kreisverkehr und ehemaliger Grundschule. Zum anderen ist das System hier älter und reicht aktuell für die bestehende Bebauung noch gerade so aus.

Wie der Bauamtsleiter es in der Sitzung ausdrückte, wird mittlerweile jedes Bauvorhaben in diesem Bereich von

der Unteren Wasserbehörde sehr kritisch beäugt und auch abgelehnt. Ein ganzes Baugebiet, wie eigentlich nördlich des Baugebietes Erlenschott vorgesehen, kann daher ohne Ertüchtigung des Systems nicht realisiert werden. Hierfür müssten umfangreiche Arbeiten erfolgen, zum Beispiel eine Abführung des

anfallenden Wassers in Richtung Wiewelhook unterhalb der Bahnlinie.

Dass hier immense Kosten entstehen, ist klar. Unklar ist bisher, wer diese Kosten übernehmen kann. Deutlich wurde aber, dass von dieser Maßnahme grundsätzlich alle Bürger profitieren werden.

m.b.